



Dr. Stefanie Hubig

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 BERLIN
TELEFON 030 / 18 580-9000

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Berlin, 21. Juli 2026

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Schnitt versuchen Opfer von häuslicher Gewalt sieben Mal, die Beziehung dauerhaft zu beenden, bevor es ihnen schließlich gelingt. So können Jahre vergehen, in denen die Betroffenen kontrolliert, bedroht, erniedrigt, geschlagen oder vergewaltigt werden. Es könnte schneller gehen, es muss schneller gehen. Genau hier setzen wir an: **„Dein Mut findet Rückhalt“ – unter diesem Motto startet heute eine Kampagne gegen häusliche Gewalt.**



Die Kampagne ermutigt, sich Hilfe zu holen. Mit Plakaten auf dem Land und digitalen Formaten in der Stadt, online mit der Hilfeseite **www.raus-aus-gewalt.de** und mit Informationen in den sozialen Medien. Den Schwerpunkt legen wir auf den **ländlichen Raum**, weil Unterstützungsangebote dort oft weniger bekannt sind.



Wir wollen mit unserer Kampagne auch die Angst vor Stigmatisierung nehmen. Und an die Gesellschaft gerichtet sagen wir: „Schaut hin! Werdet aktiv, wenn ihr etwas mitbekommt!“

Die Kampagne ergänzt unsere rechtspolitischen Initiativen. Dass der Staat an der Seite der Betroffenen steht, zeigen wir auch mit unseren Gesetzen. Die **elektronische Fußfessel** sorgt in Hochrisikofällen dafür, dass die Polizei eingreifen kann und die Betroffene rechtzeitig gewarnt wird, sobald sich der Täter dem Opfer nähert. In Spanien, wo es die Fußfessel schon seit vielen Jahren gibt, wurde seitdem keine Frau mehr getötet, die auf diese Weise geschützt wurde. Das spricht für sich.

Wer **K.-o.-Tropfen** für eine Vergewaltigung einsetzt, soll künftig mit mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe rechnen müssen. Denn eine Vergewaltigung unter Einsatz von K.-o.-Tropfen ist sexuelle Gewalt in einer besonders schlimmen Form.

Wir stärken die **psychosoziale Prozessbegleitung**, damit mehr Opfer den Weg zu Polizei und Gericht gehen – und ihn auch durchstehen. Aus der Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamts wissen wir: Weniger als fünf Prozent der Fälle von psychischer und körperlicher Partnerschaftsgewalt werden angezeigt.

Weniger Gewalt erreichen wir nur, wenn es weniger Gewalttätige gibt. Deshalb ist die Täterarbeit so wichtig. Gerichte können Täter künftig zur Teilnahme an einer **Gewaltpräventionsberatung** oder einem **sozialen Trainingskurs** verpflichten. Wenn sie sich dort mit ihren eigenen Verhaltensmustern auseinandersetzen und Strategien für gewaltfreies Handeln lernen, gibt es eine echte Chance, dass die Gewaltspirale endlich endet.

Klare Grenzen durch das Strafrecht, wirksamer Schutz durch Gerichte und Polizei sowie Betroffene, die wissen, wer ihnen hilft – das alles gehört zusammen. Vieles ist schon verabschiedet oder in den

Beratungen. Einige Maßnahmen werden wir noch im Laufe dieser Legislaturperiode einbringen – etwa das Recht für Betroffene häuslicher Gewalt, gemeinsame Mietverträge leichter zu beenden. Denn für echte Verbesserungen braucht es ein ganzes Paket. **Genau dieses Gesamtpaket zum besseren Schutz vor häuslicher Gewalt schnüren wir.**

Wirksamer Schutz vor Gewalt ist unsere gemeinsame Verantwortung. Ich danke allen, die sich – egal an welcher Stelle – schon jetzt für diesen Schutz stark machen. Ich danke insbesondere dem Haushaltsausschuss, dass er Ende vergangenen Jahres den Weg für eine Aufklärungskampagne zu häuslicher Gewalt frei gemacht hat. Jetzt geht es los. Unter **www.raus-aus-gewalt.de** finden Betroffene Hilfsangebote – und Sie finden dort weitere Kampagnenmaterialien.



Ich bitte Sie: Unterstützen Sie das, was wir tun, und damit auch unsere Kampagne. Sprechen Sie darüber in Ihren Wahlkreisen, in Ihren Netzwerken – sorgen Sie mit uns dafür, dass die Scham die Seite wechselt. **Denn Gewalt ist keine Privatsache. Sie geht uns alle etwas an.**

Herzliche Grüße
Ihre

Dr. Stefanie Hubig
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz